

Das Bild der Umwelt in der Wirtschaftswissenschaft

Prof. Dr. Reinhard Blum

Wissenschaft versucht, wie die Alltagssprache zeigt, sich über die Umwelt zu erheben. Nichts demonstriert dies besser als die Aussage über wissenschaftliche Ergebnisse, sie seien "Theorie" oder gar "reine Theorie". Sie spielt für das Selbstbewußtsein der Wirtschaftswissenschaften eine besondere Rolle. Die Antwort auf das Generalthema "Das Bild der Umwelt in der Wissenschaft" aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive läßt sich in vier Thesen zusammenfassen, die im einzelnen etwas näher ausgeführt werden:



1. Das Generalthema "Das Bild der Umwelt in der Wissenschaft" ist falsch gestellt: Die Umwelt ist nicht in, sondern außerhalb der Wissenschaft.
2. Die Umwelt der Wirtschaftswissenschaft sind wir alle mit unseren Wünschen nach Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand. Die Wünsche erfüllen sich aus ökonomischer Sicht über den Markt. Auf dem Weg vom Markt über die Marktwirtschaft zur Marktgesellschaft wird jedoch Freiheit durch ökonomische Rationalität ersetzt und mit ihrer Hilfe ein "Wohlfahrtsmaximum" über Marktprozesse prognostiziert (Prognose-Paradoxon).
3. Wirtschaftswissenschaftliche Lösungen der Umweltproblematik neigen deshalb dazu, die Umwelt in die "wirtschaftliche Welt" einzubeziehen (Endogenisierung), zumindest marktwirtschaftliche Lösungen der Umweltprobleme zu finden. Der Versuch verleitet zu der Hoffnung, sich wie der Baron Münchhausen in der Fabel an den eigenen Haaren aus dem "Sumpf" ziehen zu wollen (Münchhausen-Paradoxon).
4. Umweltprobleme sind eine politische Aufgabe. Sie ist nur aus der Umwelt der Wissenschaft zu lösen. Sachverstand und wissenschaftliche Rationalität können Politik nicht ersetzen. Im Gegenteil, dieser Versuch verursacht Umwelt- und Akzeptanzprobleme.

1. Umwelt als Welt außerhalb der Wissenschaft

Umwelt meint wörtlich genommen die Welt um die Wissenschaft herum. Wissenschaft und ihre Theorien

erheben sich über diese Umwelt und hoffen, sie dadurch besser zu übersehen und zu erklären. Solange die Umwelt von Gesetzen regiert wird, die unabhängig von den Wissenschaftlern bzw. Menschen sind, die diese Gesetze decken wollen, erfolgt die Erfassung der Umwelt als Wirklichkeit - ökonomisch gesprochen - in einer Art "doppelter Buchhaltung": Einzelne Beobachtungen in der wissenschaftlichen Welt lassen sich zu gesetzmäßigen Zusammenhängen zusammenfügen (induktive Methode). Kennt man die Gesetze, dann erlauben sie, Ereignisse, Beobachtungen zu prognostizieren (deduktive Methode). Idealbild für dieses wissenschaftliche Denken ist die Naturwissenschaft geworden. Die Einheit der Wissenschaft ging dabei jedoch verloren. Die "Herrschaftsansprüche" wurden nach Naturwissenschaft und Geisteswissenschaft getrennt. Die Philosophie als "Königin der Wissenschaft" ließ sich von der Mathematik verdrängen. Als besonders wissenschaftlich gilt fortan, was sich mathematisch ausdrücken läßt. Das ist jedoch nur ein Teil der wirklichen Welt. Er wird immer kleiner, seine Umwelt immer größer, je mehr der Mensch und sein soziales Leben Objekt der Wissenschaft sind. Der "logische Mensch", der "rationale Mensch" garantiert die von der Wissenschaft erstrebte Einheit. Typisch dafür ist Platons Idee des Idealstaates, der von Philosophen regiert wird.

Verhängnisvoll für die Umwelt der Wissenschaft wurde, daß trotz immer größerer Teilung in Sachwissenschaften und ihrer Spezialisierung gemäß der Fachlogik die Hoffnung blieb, die gesamte Welt von der Fachlogik her zu erklären und auch zu gestalten. Die Gestaltung entsprechend der naturwissenschaftlichen Fachlogik brachte die Technik hervor, die Gestaltung nach der ökonomischen Fachlogik die Marktwirtschaft bzw. die Marktgesellschaft. Die schöpferische Freiheit des Menschen zur Gestaltung der Welt vergrößerte sich und damit auch die Gefahren, eine Welt, die sich weder rein naturwissenschaftlich noch ökonomisch erklären läßt, gemäß der entsprechenden Sachlogik zu gestalten. Das eigentlich Menschliche und Soziale geht auf diese Weise verloren. Darin wurzeln die Umweltprobleme sowie die soziale Akzeptanz des technischen Fortschritts.

Die Möglichkeiten der Gestaltung der Umwelt gemäß wissenschaftlicher Fachlogik verdecken die "Anmassung von Wissen" der mehr und mehr in "Fachwissenschaften" gespaltenen Wissenschaft über die Gesetze, die die wirkliche Welt, insbesondere die soziale Welt der Menschen, bewegen. Wer Erkenntnissen der Na-

turwissenschaft und der Wirtschaftswissenschaft (die "Naturwissenschaft unter den Sozialwissenschaften") nicht folgt, kann nur ungenügend gebildet oder mangelhaft informiert sein. Akzeptanzprobleme werden zum Bildungsproblem für die nichtwissenschaftliche Umwelt. Umweltprobleme sind der Preis für die rationale Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in mehr Zivilisation und mehr Wohlstand. Aufklärung durch Wissenschaft bedeutet so, daß die theologische Einheit der Welt durch eine wissenschaftliche Einheit ersetzt wird. Die eigentlich ausgeklammerte Umwelt wird durch die Möglichkeiten der Gestaltung wieder in die wissenschaftliche Welt - hier der Naturwissenschaft und der Wirtschaftswissenschaft - einbezogen.

Zukunft erscheint aus der wissenschaftlichen Welt betrachtet prognostizierbar, obgleich sie in der wirklichen, durch Freiheit gekennzeichneten Welt nicht prognostizierbar, sondern nur nach selbstgewählten Zielen und wissenschaftlich begründeten Mitteln gestaltbar ist. Die "Welt der Freiheit" wird auf diese Weise zur Umwelt der Logik, Rationalität und Gesetzmäßigkeit verpflichteten wissenschaftlichen Welt. Die Verwissenschaftlichung politischen und sozialen Handelns täuscht darüber hinweg, daß es eigentlich unmöglich ist, aus einer wissenschaftlichen Idealwelt gemäß Rationalität, Logik, Gesetzen und Prinzipien Aussagen über die wirkliche Welt zu machen, die immer nur teilweise logisch, rational, gesetzmäßig und prinzipiell ist. Das logische Problem, richtige Aussagen in einer wissenschaftlichen Idealwelt auch zu Aussagen über diese Welt, ihren "Sinn" für die ausgeklammerte "Um-Welt" zu benutzen, ist gegenwärtig Gegenstand eines Mathematik und Kultur verbindenden Bestsellers (HOFSTADTER, D. R., Gödel, Escher, Bach: New York 1979). Diese Einsicht macht es etwas leichter zu erkennen, was es bedeutet, wenn die Wirtschaftswissenschaft einerseits die wirtschaftliche Idealwelt der Marktwirtschaft von der Wirklichkeit isoliert und alles Nichtmarktwirtschaftliche in die Umwelt verbannt, andererseits aber mit der Marktwirtschaft bzw. der Marktgesellschaft den Versuch unternimmt, die gesamte soziale Welt marktwirtschaftlich zu erklären bzw. zu gestalten.

2. Die Umwelt der Wirtschaftswissenschaft

Die Verbannung des eigentlich Menschlichen und Sozialen in die Umwelt kommt in der Wirtschaftswissenschaft dadurch zum Ausdruck, daß die "reine Theorie" den Menschen als "ökonomischen Menschen" (*homo oeconomicus*) definiert. Er erfüllt sich seine Wünsche gemäß natürlichem Wettbewerbsdrang und Tauschzwang über Märkte. Die bei ihnen unterstellte ökonomische Rationalität erlaubt es, dabei ein "Wohlfahrtsmaximum" für die gesamte Gesellschaft zu prognostizieren. Der Politik des

Staates bedarf es dabei nicht. Im Gegenteil: er stört. Politik gilt als "unsachlich", irrational, eben "politisch". Diese ökonomische Interpretation der Umwelt machte zum ersten Mal Umweltprobleme bewußt, als sich im 18. und 19. Jahrhundert ungeahnte Steigerungen der materiellen Güterproduktion mit Hilfe technischen Fortschritts (industrielle Revolution) mit sozialem Elend breiter Schichten der Bevölkerung paarte (Soziale Frage). Die Wirtschaftswissenschaft reagierte darauf als reine Theorie, indem "externe Faktoren" definiert wurden, die "Marktversagen" auslösen. Der Wirtschaftswissenschaft als "politische Ökonomie" diente dieses Marktversagen zur Rechtfertigung von Politik zur Korrektur der Marktprozesse (Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik als Gestaltung der Rahmenbedingungen der Marktprozesse sowie als Stabilisierung der Marktprozesse).

Andererseits bemüht sich die Wirtschaftstheorie, dem Vorwurf, das Politische als Umwelt auszuklammern, dadurch zu begegnen, daß Politik und Demokratie ökonomisch interpretiert werden. So gibt es als "Krönung wirtschaftswissenschaftlichen Denkens" heute eine ökonomische Theorie der Politik, der Demokratie, des Rechts und der sozialen Gerechtigkeit. Die Marktpreise werden zu Werten der Gesellschaft ("preisgesteuerte Gesellschaft"). Eine ökonomische Evolutionstheorie versucht darzulegen, daß sich die marktwirtschaftliche Ordnung im sozialen Evolutionsprozeß als eine Ordnung erwiesen hat, die das Überleben der Menschen am besten garantiert. Der Ausklammerungsprozeß setzt sich so fort. Die Erfahrungen der westlichen Industrieländer dienen dazu, eine ideale marktwirtschaftliche Welt zu rechtfertigen, während zwei Drittel der Menschheit als Umwelt bereits die neue "Soziale Frage" als Umweltproblem und Akzeptanzproblem der marktwirtschaftlichen Ordnung in der gesamten Welt (Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung) erkennen lassen.

Die Anmaßung von Wissen im wirtschaftstheoretischen (marktwirtschaftlichen) Denken äußert sich am besten in der Prognose eines Wohlfahrtsmaximums durch ökonomische Rationalität über Märkte in einer freiheitlich demokratischen Ordnung (Prognose-Paradoxon). Ergebnisse und Entwicklung dieser Ordnung sind eben nicht prognostizierbar, sondern wegen der Freiheit gestaltbar. Es ist Anmaßung von Wissen und falscher Gebrauch ökonomischer Logik, einen Weg zu prognostizieren, der ein Wohlfahrtsmaximum garantiert. Die Wirklichkeit der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik demonstriert dagegen, daß gerade die Mischung der in der idealen ökonomischen Welt unvereinbaren marktwirtschaftlichen und planwirtschaftlichen Elemente ein Wirtschaftswunder hervorbrachte. Das prinzipielle Denken als "ordnungs-

politisches Denken" versucht aber immer wieder, bei auftauchendem Umwelt- oder Akzeptanzproblem aus der idealen ökonomischen Welt "marktwirtschaftliche Lösungen" abzuleiten.

3. Wirtschaftswissenschaftliche Lösungen der Umweltproblematik

Die Wirtschaftswissenschaft bzw. die "reine Wirtschaftstheorie", die nicht der marktwirtschaftlichen Logik entsprechende Erscheinungen in die (störende) Umwelt verbannt, stellt beim Auftauchen von Umwelt- oder Akzeptanzproblemen den zum Handeln entschlossenen politischen oder sozialen (statt nur ökonomischen) Menschen vor die Frage, ob sich die Sachlogik bzw. ihre technischen und wirtschaftlichen Prozesse anzupassen haben oder die Umwelt. So gestellt, wird gesunder Menschenverstand die Frage zugunsten der Umwelt beantworten. Auch die Marktversagen zugestehende ökonomische Sachlogik macht da keine Ausnahme, fordert jedoch system-, markt-konforme oder marktwirtschaftliche Lösungen.

Genauer betrachtet verbergen sich dahinter jedoch Handlungsanweisungen, die dem kritisierten Prognose-Paradoxon sowie seiner Anmaßung von Wissen folgen und die Politik in die Situation des Barons von Münchhausen bringen, der gemäß der Fabel versucht, sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zu ziehen. In der marktwirtschaftlichen Ordnung entstandene Umweltprobleme sollen marktwirtschaftlich beseitigt werden. Das allein verbürgt vernünftiges Handeln: "Für die Marktwirtschaft sprechen außerordentlich viele Gründe, aber es sind Vernunftgründe. Die Marktwirtschaft läßt sich nicht aus der Bergpredigt herleiten." (Oberbürgermeister Rommel, Stuttgart, zitiert nach Augsburgener Allgemeine Zeitung vom 03. 06. 1986, Seite 2: "In den Tag gesprochen"). Diese Logik legt die Folgerung nahe - die sicher nach Aufdeckung empört zurückgewiesen würde -, daß offenbar Vernunftgründe für die Bergpredigt nicht sprechen. Das enthüllt ein Dilemma, in das Sachlogik gerät, die bei dem Versuch, die zunächst ausgeklammerte Umwelt mit Hilfe der Sachlogik wieder in die wissenschaftliche Welt einzubeziehen, andere Bezugspunkte von Logik und Rationalität als unvernünftig abstempelt. Max Weber rät deshalb bereits, zwischen Wert- und Zweckrationalität, Gesinnungs- und Verantwortungsethik zu unterscheiden.

Anmaßung von Wissen über die "Vernünftigkeit" der Marktwirtschaft bei Verfolgung von Gemeinwohl (eine Umschreibung der Juristen für das Wohlfahrtsmaximum der Ökonomen) erleichtert es, individuelles Nutzen- und Gewinnstreben über Märkte eher als Gemeinwohl fördernd anzusehen als politische Entscheidungen in demokratischen Prozessen: "Ein

erstes und altes Problem der Demokratie ist nach allen Erfahrungen, daß eine Parlamentsmehrheit sich in ihrem Verhalten nicht von einer Diktatur unterscheiden muß, gütige Alleinherrscher sogar mehr Freiheiten ermöglichen als ein rigoroser Gebrauch der parlamentarischen Majorität" (WOLL, A., Weniger Staat als Gebot der Stunde. In: Wirtschaftsdienst, Jg. 24, S. 11 ff. Zeitgespräch zum Thema "Mehr Markt, weniger Staat?").

Umweltpolitik wird gemäß wirtschaftswissenschaftlicher Sachlogik erst rational, "vernünftig", wenn sie der Privatwirtschaft ökonomische Anreize zu umweltfreundlicher Produktion bietet. Politische Gebote oder Verbote gelten als "dirigistisch", nicht der marktwirtschaftlichen Ordnung angemessen. Wie ungewöhnlich dieses Fachdenken in unserem sozialen Rechtsstaat ist, verdeutlicht am besten ein Beispiel aus der in dieser Diskussion auch angesprochenen Rechtswissenschaft: Die Schädigung der "Umwelt" durch Diebstahl verbietet unsere Rechtsordnung. Niemand würde auf die Idee kommen, den Dieben einen ökonomischen Anreiz zu bieten, damit sie auf den Diebstahl verzichten. Die Wirtschaftswissenschaft aber konstruiert - in Einklang mit den umweltschädlichen aber privatwirtschaftlich erfolgreichen wirtschaftlichen Interessen sogar den Besitzstand wahrende "Verschmutzungsrechte". Sie können über entsprechende Märkte gehandelt werden und bedeuten dann ein zusätzliches Nebengeschäft wirtschaftlicher Produktion. Diese Kritik bedeutet nicht, daß solche Lösungen in bestimmten Fällen keinen Wert haben, um Umweltpolitik ökonomisch effizient durchzusetzen, als Prinzip angewendet leisten "marktwirtschaftliche Lösungen" aber zu leicht wirtschaftlichen Sonderinteressen statt dem Gemeinwohl Vorschub.

Beispiele dafür ließen sich gerade gegenwärtig in der Umweltpolitik als Agrarpolitik finden, aber auch bei den staatlichen "ökonomischen Anreizen" zur Durchsetzung der Katalysator-technologie sowie der Energiepolitik. Auch der Einstieg in die Atomenergie gilt als Ausdruck höchster ökonomischer bzw. "marktwirtschaftlicher Vernunft". Die Anmaßung von Wissen kommt am besten in der Antwort eines Staatssekretärs für Umweltfragen zum Ausdruck, der auf die Frage, ob nicht nach Tschernobyl ein Umdenken erforderlich sei, kurz und bündig antwortete: "Gedacht haben wir vorher".

Die Parole "Mehr Markt, weniger Staat" - genauso wie die umgekehrte "Weniger Markt, mehr Staat" - als Prinzip angewandt, stellt ebenfalls eine Anmaßung von Wissen dar. Mehr Markt bedeutet eine "Flucht aus der politischen Verantwortung". Wegen "ordnungspolitischer Bedenken" gerät sektorale und regionale Wirtschaftspolitik sowie Umweltpolitik über

staatliche Gebote und Verbote in den Verdacht, dirigistisch und planwirtschaftlich zu sein. Die marktwirtschaftliche Lösung über ökonomische Anreize versucht dieselben Ziele zu erreichen. Die volkswirtschaftlichen Kosten sind jedoch höher, die politische Kontrolle der Effizienz staatlicher Wirtschaftspolitik ist kleiner oder unterbleibt, weil aus denselben ordnungspolitischen Bedenken der Staat - auch wenn er Geld gibt für bestimmte Ziele - sich nicht anmaßen sollte, klüger als der Markt zu sein. Umweltpolitik bleibt so nicht selten auf der Strecke, wenn zusätzlich vor Verlust von Arbeitsplätzen, Einbußen an wirtschaftlichem Wachstum oder reichlicher Versorgung mit billiger Energie gedroht wird. Die Umwelt soll sich an die aus der wissenschaftlichen Welt abgeleitete Sachlogik anpassen, wenn auch nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl darauf hingewiesen wird, daß technischer Fortschritt immer gefährlicher war und den Preis für Freiheit, Unabhängigkeit und wirtschaftlichem Wohlstand darstellt. Der wirtschaftswissenschaftlich gebildete Ökonom kann genauso wenig wie der naturwissenschaftlich gebildete Techniker sagen, was für das Gemeinwohl richtig oder gut ist, sondern nur, was der Gebrauch oder Nichtgebrauch einer Technologie - ausgedrückt in ökonomischen Werten kostet bzw. wie man diese Technologie richtig anwendet.

4. Umweltprobleme als politische Aufgabe

Die Wirtschaft ist nur ein Teilbereich der Gesellschaft. Was dem Gemeinwohl dient, ist nicht ohne technische oder ökonomische Sachkompetenz zu entscheiden. Sie darf dies jedoch nicht als "gütiger Alleinherrscher" tun, sondern der Sachverstand geht ein in ökonomische, marktwirtschaftliche Prozesse und in politische, demokratische Prozesse. Sie bestimmen letztlich in der freiheitlich demokratischen Ordnung den "richtigen Weg". Ihn dann "richtig zu gehen" erfordert die fachwissenschaftlich fundierte Sachkompetenz. Marktwirtschaft erscheint auf den ersten Blick auch als demokratischer Prozeß, weil es um Mehrheitsentscheidung geht. Es handelt sich jedoch um eine Mehrheit nach Kaufkraft auf Märkten. Davon unterscheidet sich die - ebenfalls dezentrale - Abstimmung nach

Mehrheit der Stimmen in den politischen Prozessen. Die Mehrheit der Bürger bestimmt letztlich auch in einer marktwirtschaftlichen Ordnung darüber, ob die Ergebnisse der Marktprozesse durch politische Eingriffe korrigiert werden sollen. So entstand das, was heute in allen modernen Industriestaaten "Wohlfahrtsstaat" genannt wird. Er erhält die neue politische Aufgabe, die Weichen für wirtschaftliche Entwicklung durch Marktprozesse neu zu stellen, neue Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Umwelt zu schonen bzw. zu verbessern. Zu viel spezialisierte und interessengeleitete Sachkompetenz vernachlässigte die in der entsprechenden Fachwissenschaft ausgeklammerte Umwelt bzw. versuchte, sie als irrational oder "feindlich" mit wissenschaftlich begründeter Sachkompetenz sowie ihre Anmaßung von Wissen über Gemeinwohl zu gestalten. Die Folge sind Umwelt- und Akzeptanzprobleme moderner Technologie.

Wenn zum Abschluß der Diskussion festgestellt wurde, es sei in den drei "Bildern der Umwelt in der Wissenschaft" aus philosophischer, rechtswissenschaftlicher und wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive genau besehen gar nicht von der Umwelt selbst gesprochen worden, dann bestätigt diese Zusammenfassung der Referate und Diskussionen nur das, was in der Ausgangsthese festgestellt wurde: Es gibt kein Bild der Umwelt in einer Fachwissenschaft, sondern die Umwelt ist das, was die Fachwissenschaft als ihren Methoden nicht zugänglich ausklammert. Diese spezialisierte Sachkompetenz führt - in einem Bild aus der Umwelt gesprochen - dazu, den Ast, auf dem die Menschen sitzen, abzusägen und dabei das ausgezeichnete handwerkliche Können zu bewundern. Wenn weiterhin in der rechtswissenschaftlichen Perspektive festgestellt wurde, daß die Verbindung von Ökonomie und Ökologie zu Gemeinwohl noch offen sei, so möchte der Ökonom als Anwendung der vorhergehenden Überlegungen zur "Anmaßung von Wissen" der Hoffnung Ausdruck geben, daß immer offen bleiben möge, wie sich Ökonomie und Ökologie zu Gemeinwohl verbinden. Verwissenschaftlichung und Verrechtlichung sind gleichzeitig ein Element der Rationalität in der Politik, geraten aber ständig in Gefahr, Hoffnungen zu wecken, Politik ließe sich durch Wissenschaft und Recht ersetzen.
